



über
Herrn Oberbürgermeister
Gert-Uwe Mende

über
Magistrat

und
Herrn Stadtverordnetenvorsteher
Dr. Gerhard Obermayr

an den Mobilitätsausschuss

Der Magistrat

Dezernat für
Bauen und Verkehr

Stadtrat Andreas Kowol

LB . Oktober 2022

Ausbau des ÖPNVs als Schlüssel für die Verkehrswende
Beschluss Nr. 0342 vom 15. Juli 2021
Vorlagen-Nr. 21-F-63-0008

Ausbau des ÖPNVs als Schlüssel für die Verkehrswende

Ja, die Mobilität in Wiesbaden muss neu gedacht werden und der ÖPNV ist ein Schlüssel hierzu. Da der öffentliche Personennahverkehr nach dem Bürgerentscheid im vergangenen Jahr auf absehbare Zeit auf Busse (verschiedenster Größe) beschränkt sein wird, kommt der Optimierung des Busnetzes dabei eine entscheidende Rolle zu.

Im vorliegenden Antrag finden sich daher eine Reihe von konkreten Maßnahmen, die (wie schon der Antrag zu einer Buslinie für die östlichen Vororte 21-F-63-0004) auf eine Verbesserung des Angebots und der Angebotsqualität abzielen. So soll der ÖV mehr und mehr zu einer echten Alternative zum MIV ausgebaut und von dessen Problemen zunehmend unabhängig gemacht werden.

Darüberhinausgehend soll dieser Antrag aber auch den Startschuss für einen Prozess zur Fortschreibung des lokalen Nahverkehrsplanes setzen, in dessen Rahmen der Status Quo grundlegend überdacht, längerfristige Konzepte entwickelt und weitere Maßnahmen und Veränderungen vorbereitet werden können - immer mit dem schon im Mobilitätsleitbild umrissenen Ziel, eine nachhaltige und zukunftsfähige Mobilität in unserer Stadt zu ermöglichen.

Beschluss Nr. 0391

Stadtverordnetenversammlung möge beschließen:

1. Der Magistrat wird beauftragt,
 - I. ein Konzept zur Installation einer Expressbusanbindung zwischen Mainz und Wiesbaden (mit besonderem Blick auf Dotzheim, Biebrich und Schierstein) vorzulegen. Besondere Berücksichtigung sollen die P+R-Parkflächen entlang der A643 finden.
 - II. eine Verlängerung der Linien 47 und 74 (von der Wiesbadener Innenstadt zur Uni und

- Hochschule Mainz) auch im Hinblick auf die Streckensperrung im Salzbachtal kurzfristig zu prüfen und ggf. umzusetzen.
- III. zu prüfen ob und wo zum Ausbau und zur Beschleunigung des ÖPNVs weitere Bus- oder Umweltpuren sinnvoll sind und deren Einrichtung auf den Weg zu bringen.
 - IV. zu prüfen wo eine bessere und direktere Verknüpfung zwischen dem Bussystem und den Bahnhöfen in der Umgebung hergestellt werden kann.
 - V. sicherzustellen, dass die Fahrplaninformation bezüglich des eingesetzten Schienenersatzverkehrs digital und analog verfügbar sind.
 - VI. dem Ausschuss für Mobilität über den Fortgang des Projekts Digi-S zu berichten.
 - VII. einen Prozess zur Fortschreibung des lokalen Nahverkehrsplans anzustoßen - basierend auf den Empfehlungen des Mobilitätsleitbildes und mit besonderer Berücksichtigung der Herausforderungen, die sich durch die Ablehnung der CityBahn ergeben haben. Erste Vorschläge sind dem Mobilitätsausschuss noch im zweiten Halbjahr 2021 vorzulegen.
2. Die Stadtverordnetenversammlung erkennt an, dass diese Mehrangebote auch entsprechend finanziert und in den Haushaltsverhandlungen berücksichtigt werden soll.
-

Die ESWE Verkehrsgesellschaft teilt uns hierzu Folgendes mit:

Zu I bis IV: Im Rahmen der bevorstehenden Neuaufstellung des Nahverkehrsplanes der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises werden die unter den Punkten I bis V genannten Maßnahmen berücksichtigt und geprüft. Eine Prüfung, ob und wo zum Ausbau und zur Beschleunigung des ÖPNV weitere Bus- oder Umweltpuren sinnvoll sind, wird aktuell bereits durchgeführt. Mit Ergebnissen ist im vierten Quartal zu rechnen.

Zu V: Der Rhein-Main-Verkehrsverbund (RMV) teilt zu diesem Punkt Folgendes mit: Das Einbahnverkehrsunternehmen (EVU) erstellt Kundeninformationsplakate, die an die Personale von DB Station und Service weitergeleitet werden, welche diese an den relevanten Stationen in den Vitrinen aushängen. Bei größeren Maßnahmen sprechen wir mit den betroffenen EVUen, DB Station und Service sowie den jeweiligen Bahnhofsmanagements und stimmen hier weitere Informationsmedien ab. Dies können z.B. Banner, Bodenplakate, Bespielung von Digitalen Anzeigern, Wegeleitung, etc. sein. Diese werden dann mit einem ausreichenden Vorlauf an den Stationen angebracht.

Die Ersatzfahrpläne werden zum einen von den EVUen in die Online-Reiseauskunft eingearbeitet und die Kundeninformationsplakate werden als pdf-Datei auf der Homepage im entsprechenden Artikel hochgeladen.

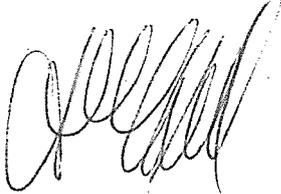
Der SEV wird ebenfalls in die Onlinemedien gespielt, weshalb dieser in den Reiseauskünften zu finden sein muss. Anders ist es bei einem Busnotverkehr, da dieser sehr kurzfristig organisiert werden muss. Hier müssen die Daten händisch in das System eingegeben werden, weshalb es zu Diskrepanzen in der Reiseauskunft kommen kann.

Zu VI: Aufgrund der Beschlüsse 0550 und 0571 vom 16. Dezember 2021 der Wiesbadener Stadtverordnetenversammlung wurde das Projekt "DIGI-S" mit seinen Teilprojekten "On-Demand-Shuttle" und "Autonomes Fahren" gestoppt. Weil die Finanzierung zur Fortführung nicht mehr sichergestellt ist, führen diese Restriktionen in Bezug auf das zugrundeliegende Fördermittelverfahren zu einem Projektabbruch.

Daraus resultierend wird von der Einführung der On-Demand-Shuttle-Verkehre und der Erprobung autonomer Fahrsysteme bis auf weiteres abgesehen. Das Ziel, perspektivisch auch in Wiesbaden On-Demand-Shuttles einzuführen, soll weiterverfolgt werden. Dafür sollen jedoch zunächst die Erfahrungen anderer Kommunen aus dem RMV-Gebiet abgewartet und ausgewertet werden, sodass Wiesbaden vom erwarteten technologischen Fortschritt und ggf. Skaleneffekten profitieren kann. Ein Bericht mit ersten Erkenntnissen aus dem RMV-Gebiet ist für die Mobilitätsausschusssitzung im Januar des kommenden Jahres vorgesehen.

Zu VII: Der gemeinsame Nahverkehrsplan der Landeshauptstadt Wiesbaden und des Rheingau-Taunus-Kreises befindet sich derzeit beschlussgemäß in der Neuaufstellung. Die Bearbeitung durch ein Ingenieurbüro wurde Anfang August 2022 ausgeschrieben. Voraussichtlich Ende 2023 ist mit Bearbeitungsergebnissen zu rechnen. Im Jahr 2024 sind die formellen Beteiligungsverfahren sowie der endgültige Beschluss durch die Stadtverordnetenversammlung vorgesehen. Während der Bearbeitungsphase werden die politischen Gremien regelmäßig informiert. Zudem ist ein umfangreicher Bürgerbeteiligungsprozess vorgesehen.

Mit freundlichen Grüßen

A handwritten signature in black ink, appearing to be a stylized name, possibly 'A. Schmidt' or similar, written in a cursive script.